

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/154

Bonn, den 15. August 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Friedensdienst mit und ohne Waffe

64

Von Erhard Eppler,
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

3

Maßanzug für Strauß?

66

Wie eine Kabinettsreform nach seinen Wünschen aussehen müßte...

4 - 6

Rumänien, Nixon und der Parteitag

147

Eigenbericht unseres Korrespondenten Hans Peter Rullmann

Friedensdienst mit und ohne Waffe

Von Erhard Eppler

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Vorschläge der CDU zur Erweiterung des Wehersatzdienstes sind von der öffentlichen Meinung ungünstig aufgenommen worden. Dabei ist der Ausgangspunkt der CDU-Überlegungen nicht umstritten. Wenn die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung die Zahl 10 000 überschreitet - und das geschah 1968 -, muß das ganze Thema neu durchdacht werden.

Helmut Schmidt, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, hat am 6. August vorgeschlagen, jeder Dienstpflichtige solle selbst entscheiden, ob er Wehrdienst oder Ersatzdienst leisten wolle, "zumal Gewissensentscheidungen kaum durch gerichtliche Beschlüsse festgestellt werden können."

Damit nähert er sich der Konstruktion des Entwicklungshelfergesetzes, das vom Bundestag einstimmig gebilligt wurde und Ende Juni 1969 in Kraft trat. Dieses Gesetz bietet nicht - wie manchmal angenommen - eine zusätzliche Möglichkeit für Kriegsdienstverweigerer, ihren Ersatzdienst abzuleisten. Es stellt den Wehrpflichtigen vor die Wahl, ob er Wehr- (bzw. Ersatzdienst) oder Entwicklungsdienst leisten will.

Dies wird allerdings nur für eine beschränkte Zahl möglich sein. Alle Entwicklungsdienste zusammen haben gegenwärtig ca. 3 600 junge Menschen in den Entwicklungsländern, jeweils für zwei Jahre. Davon sind mehr als ein Drittel Mädchen. Auch wenn es gelingt, bis 1975 die Zahl auf 3 000 zu erhöhen, so werden jährlich nicht mehr als 2 000 junge Männer zu entsenden sein.

Daher sollte man versuchen, die Konstruktion des Entwicklungshelfergesetzes auch auf andere Tätigkeiten auszudehnen. Da auch der Bundeswehrsoldat seinen Dienst als Friedensdienst versteht und vorstehen soll, käme man schließlich zur Wahl zwischen einem Friedensdienst mit und ohne Waffen. Dabei ließe sich mancher ideologische Sprengstoff ent-

schärfen. Pauschale Differenzierungen, wie man sie heute gegenüber Soldaten oder Wehrdienstverweigerern hört, wären schwieriger.

Friedensdienst ohne Waffe aber kann niemals funktionieren, wenn die Beteiligten das Gefühl bekommen, sie sollten für irgend etwas bestraft werden. Lieber wollte ich einen Sack voll Flöhe hüten als einen Baurupp von zwangsweise kasernierten Wehrdienstverweigerern überwachen.

Anders sehen die Dinge aus, wo sie aus der Initiative der Jungen selbst erwachsen. Niemand wird bestreiten, daß junge Menschen, die mit der Aktion Sühnezeichen in Norwegen, Polen oder Israel Bauarbeiten leisten, einen Dienst am Frieden tun. Warum sollten sie anders behandelt werden als Entwicklungshelfer?

Warum sollten nicht Jugendorganisationen im eigenen Land Kinderkörper oder Feriendörfer bauen? Vielleicht könnten auch die Kirchen neue Möglichkeiten schaffen für solchen Friedensdienst ohne Waffen.

Sicherlich gibt es kein Patentrezept, wie eine große Zahl von jungen Menschen unterzubringen ist, die ihren Friedensdienst ohne Waffe leisten wollen. Aber es kommt auf die Weichenstellung an: entweder man visiert einen kasernierten Arbeitsdienst an für solche, denen irgendeine Kammer attestiert hat, daß ihr Gewissen das Tragen der Waffen nicht zulasse, oder man visiert einen alternativen, von jugendlicher Eigeninitiative getragenen Friedensdienst ohne Waffen an, der auch der Bundeswehr ihre schwere Aufgabe des Friedensdienstes mit der Waffe erleichtert.

"Wir können nicht abseits stehen, wenn es um die Lösung der drängenden Probleme der Dritten Welt geht. Das soziale Gefälle zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern gefährdet den Frieden. Gelingt es nicht, die Lage der Menschen in den Entwicklungsländern nachhaltig zu verbessern, sind auch unsere Gesellschaft und unser Wohlstand gefährdet.

Die Bundesrepublik - zweitgrößte Handelsnation der Erde - stellt sich der Aufgabe unserer Zeit, durch Zusammenarbeit über die Grenzen Europas hinaus ihren Beitrag für eine raschere wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Dritten Welt und damit für den Frieden zu leisten. Sie muß dafür ihre wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sittlichen Kräfte mobilisieren. Entwicklungshilfe nützt beiden Seiten. Die Länder der Dritten Welt gehören zu unseren wichtigsten Partnern von morgen."

Maßanzug für Strauß?

Wie eine Kabinettsreform nach seinen Wünschen aussehen müßte ...

R.R. - Eine Strauß-Äußerung sollte man besonders aufmerksam verfolgen. Im Zuge der Diskussion um eine Kabinettsreform fordert er eine wesentliche Stärkung der Stellung des Bundeskanzlers im parlamentarischen System der Bundesrepublik. Die bisher bereits bestehende Richtlinien-Kompetenz des Kanzlers soll nach seinen Vorstellungen wesentlich ausgedehnt und dem Präsidial-System angenähert werden.

Mag man derartige Gedanken bei einem Staatsrechtler noch hinnehmen und lediglich als Denkmodell ansehen, so bekommen sie aus dem Munde eines derartig machtbewußten Politikers wie Strauß eine gefährliche Wirkung. Diese Wirkung wird noch verstärkt, wenn man sie vor dem Hintergrund der kürzlich geäußerten Demokratievorstellung Dr. Hecks sieht, die darin gipfelt, daß die Demokratie im Grunde bereits an der tatsächlichen Ungleichheit der Bürger scheitert.

Beide Äußerungen, einmal der Wunsch nach Stärkung der Führungsgewalt zum anderen die Hervorkehrung elitärer Vorstellungen, lassen eine gefährliche Affinität zu inzwischen historischen Verhaltensweisen in Deutschland erkennen. Man kann nur hoffen, daß sie allein aus wohltätigen Erwägungen gefallen sind und nicht die Grundhaltung dieser beiden Politiker ausdrücken. Kurz vor der Wahl zum neuen Bundestag drücken die Vorstellungen Strauß noch etwas anderes aus. Sie sind eine harte Kritik am derzeitigen Bundeskanzler Kiesinger, der, anders kann man es unter diesen Äußerungen nicht sehen, für Strauß seine Führungsaufgabe nicht erfüllt hat. Zum zweiten zeigen sie, wie lästig dem Bundesfinanzminister die Kontrollfunktion der sozialdemokratischen Minister in der derzeitigen Bundesregierung ist. Ihm schwebt im Grunde die Alleinherrschaft einer Partei vor.

Lediglich als zweite Möglichkeit ist nach diesen Vorstellungen eine zweite Partei als Hilfstruppe eines Bundeskanzlers zu verstehen, der nach seiner Vorstellung eigentlich nur Franz-Josef Strauß heißen kann. Die Unmutäußerungen des CSU-Landesvorsitzenden machen darüber hinaus deutlich, wie stark die machtbegrenzende und kontrollierende Funktion einer starken zweiten Partei in einer Koalitionsregierung sein kann. Damit soll zwar nichts gegen das klassische Oppositionsmodell gesagt werden, wie wirkungsvoll die Kontrolle von innen sein kann, wenn man Zugang zu dem bestimmenden Verwaltungsapparat hat.

Die Strauß'sche Politik weist aber auch in die Zukunft und hier wird sie sicher sehr persönlich. Durch seine Kritik macht Strauß nämlich klar, daß er entgegen allen Dementis ein echtes Interesse am Kanzleramt hat. Nur will er sich nicht mit der bisherigen Stellung des Kanzlers im parlamentarischen System der Bundesrepublik begnügen. Ihm schwebt ein Kanzler vor, dem willfährige und abhängige Ressortminister zur Hand gehen. Man muß daher bei der anstehenden Kabinettsreform darauf achten, daß ein derartiger Maßanzug für Franz-Josef Strauß nicht ungewollt mitgeschneidert wird.

+ + +

RUMÄNIEN, NIXON UND DER PARTEITAG

Eigenbericht unseres Korrespondenten Hans Peter Rullmann

Nicolae Ceaucescu, selbst Vater zweier Söhne, von denen einer in England studiert, überkam väterliche Gefühle: In seinen Armen hielt er Daniel Marius Stanciulescu, den zwanzigmillionsten Bürger der Sozialistischen Republik Rumänien.

Welches Vertrauen der rumänische Staats- und Parteiführer bereits heute in den winzigen Daniel aus der Walachei setzt, erklärt Ceaucescu seinen volksdeutschen Genossen in Hermannstadt: Man könne mit vollem Recht behaupten, daß es in Rumänien keine Kraft gäbe, die unsere Gesellschaft gefährden könne. Denn: "Fände sich ein solcher Narr, erhielte er die entschlossene Abfuhr der zwanzig Millionen Bürger des sozialistischen Rumäniens."

Gefahren für sein Land, das schon Bismarck mit Belgien verglich, weil es wegen seiner exponierten Lage eigentlich überhaupt keine Außenpolitik treiben dürfe, sieht Ceaucescu, Generalmajor der Reserve, eher jenseits der 3 153 Kilometer langen Landesgrenzen. Amerikanische Professoren, die sich zu einem Seminar in Rumänien aufhielten, überraschte er daher mit einer Erklärung, derzufolge das Prinzip der friedlichen Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Nationen nicht nur für die gegenwärtige Epoche, sondern sogar noch dann Geltung haben müsse, wenn auf der ganzen Welt der Kommunismus gesiegt habe. Was Ceaucescu nach wie vor für unabweichlich hält - eine kuriose Bereicherung der marxistisch-leninistischen Theorie, die bekanntlich davon ausgeht, daß es im goldenen Zeitalter der roten Erdwelt nur noch allgemeinen Überfluß und überhaupt keine Konfliktsituationen mehr geben werde.

Daß zumindest heute das kommunistische Weltsystem eher einer abgetakelten Fregatte als einem schnell dahinschießenden Torpedoboot ähnelt, davon wurde Ceaucescu auf seinem Zehnten Parteitag selbst überzeugt: Nicht nur die asiatischen Genossen hatten den Kongreß in Bukarest Gheorghe-Gheorghiu-Dej-Palast boykottiert, sondern auch aus Osteuropa waren nur Funktionäre dritter Klasse erschienen. Noch vor vier Jahren, auf dem Neunter Kongreß der Rumänischen KP, hatte sich, von eilig installierten westdeutschen Klimaanlage befächelt, die ganze kommunistische Prominenz ein Stelldichein in Bukarest gegeben.

Stürmischer Empfang für Nixon

Zwei Tage lang vor dem KP-Kongreß hatte Nixon den begeisterten Rumänen demonstriert, was man in den United States unter Public relations versteht; er ließ sich von Marktburschen küssen und von dreiflügeligen Bauernmädchen zur Volkstanz führen und erschlug mit seinen Armbewegungen fast den neben ihm stehenden und viel kleineren Nicolae Ceaucescu, als beide bei prasselndem Regen im offenen "Mercedes 500" durch das Zentrum der rumänischen Hauptstadt führen.

Maler hatten in nächtelanger Arbeit versucht, die Porträts der beiden ungleichen Präsidenten so farbig und so sympathisch wie nur irgend möglich zu gestalten, Anstreicher hatten noch am Abend vor der Einkehr Nixons die Fassade des ehemaligen Nobelrestaurants "China" gestrichen und die Fleckenspuren sofort von Kohorten mobilisierter Putzfrauen beseitigen lassen, Fleischer hatten dafür gesorgt, daß die 700 ausländischen Journalisten nichts mehr von der Versorgungskrise zu sehen bekamen, der neben Rindfleisch und Obst sogar das Luxus-Bier aus den VEB Radeberger in der DDR zum Opfer gefallen war, und die Kommentatoren des Bukarester Fernsehens hatten stundenlang an der Biographie ihres hohen Besuchers aus der anderen Welt herumgebastelt, um aus Nixon den Sohn eines möglichst armen amerikanischen Farmers und damit zum Proleten zu machen.

Als die ersten Parteitagebesucher in Bukarest eintrafen, fanden sie auf den Tischen des Außenministeriums und der Parteileitung nur Nixonreden und dahinter ermüdete Beamte, die um Schonfrist baten, vor

Der italienische Staatsmann Cavour hatte vor 113 Jahren das Interesse des Westens an Rumänien formuliert: "Die rumänische Nation" läßt ist ein Gegengewicht, das sich der gefährlichen Ausbreitung des Panlawismus widersetzt. Da aber der Panlawismus unzweifelhaft eine Gefahr ist für den ganzen Okzident, ist es da nicht von höchster Interesse, mitten in die slawischen Länder hinein eine Nationalität zu haben, welche ausschließlich mit dem Okzident sympathisiert und eine wirkliche Schranke gegen die Vereinigung von Völkern bilden kann, die so mächtige Tendenzen zur Einheit haben, daß sie vielleicht die übrige zivilisierte Welt unterjochen werden?"

Daß ausgerechnet Ceausescu, ein Sohn wirklich armer altnaischer Eltern und seit 33 Jahren Mitglied der Partei, an solchen Gedankengängen Gefallen findet, hält der Kreml zumindest für falsch. Noch am Tage der Eröffnung des rumänischen Parteitages warnte die "Pravda" den Nixongestgeber vor der monetären Krise, die "eine chronische Krankheit des Kapitalismus" sei. Außerdem ist aber auch, was Ceausescu versucht, in russischer Sicht verwerflich.

Geschenke aus Moskau

Broschnews Delegat in Bukarest, Katuschew, blieb demonstrativ der Diskussion über das Ceausescu-Referat fern. Von grau in das Schwarz der Inquisition umgekleidet, überschritt er dann, ganz Herr im Hause, die auch für ihn auf acht Minuten beschränkte Redezeit um zwölf Minuten, um Rumänien noch einmal an die internationalistischen Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion zu erinnern. Ceausescu, den er mit keinem Wort erwähnte, überreichte er den Denkkettel des Kreml, in rotes Saffianleder gebunden, schließlich auch noch schriftlich, und als besonderes Geschenk an den Parteitag hielt er eine lebensgroße Leninstatue als Mahnmal für die schwankend gewordenen rumänischen KP-Führer bereit. Ceausescu, der einen bordeauxroten Binder angelegt hatte, akzeptierte sie gleich.

Nur von seinen eigenen Delegierten mit Beifall bedacht, machte sich Ceausescu dann an die Aufgabe, die ihm unter diesen Umständen die wichtigste zu sein scheint: Die Stärkung der eigenen Macht im Lande.

Noch vor vier Jahren hatte er in den höchsten Parteigremien, dem Präsidium und dem Exekutivkomitee, keine Mehrheit finden können. Zwei Genossen versperren ihm den Weg zur Alleinherrschaft: Innenminister Alexandru Draghici, Chef der gefürchteten Sicherheitspolizei "Securitate", und Altkommunist Chivu Stoica, damals noch Staatspräsident.

Doch im Parteisekretariat, das "die laufende Arbeit leistet, die Durchführung der Beschlüsse der Partei und die Kaderauswahl organisiert und kontrolliert", sorgte Personalchef Virgil Trofin dafür, daß die einstimmig akzeptierten Ceausescu-Feinde schnell in den Schatten treten mußten. Bereits zwei Tage nach Beendigung des 9. Parteitages mußte Draghici von seinem Amt als Innenminister zurücktreten - Ceausescu hielt ihm die neue Verfassung vor, die Doppelämter in Staat und Partei verbietet. Ohne seine Sicherheitspolizei nur mehr ein hilfloser Mann, mußte sich Draghici dann gefallen lassen, daß Ceausescu 50 000 Seiten Prozeßakten gegen ihn verwendete, die der ehemalige Innenminister selbst angefertigt und archiviert hatte.

Ceausescu warf Draghici vor, im Jahre 1954 den ehemaligen rumänischen Justizminister Lucretiu Patrascanu, Parteimitglied seit 1921, fälschlich als "Verräter und Agenten" denunziert und in den Tod geschickt zu haben. Patrascanu war in der Nacht vom 16. auf den 17. April 1954, nach Stalins Tod und Berijas Sturz, in den heute von Blumen überwachsenen Kasematten des Gefängnisses von Zilav hingerichtet worden.

Kaltstellung von Altkommunisten

Nachdem Ceausescu auf diese Weise seinen Hauptfeind auf die Matte gelegt hatte, wandte er sich gegen alle anderen Anhänger des ehemaligen Parteichefs Gheorghe Gheorghiu-Dej: Gheorghiu Dej hatte, so fanden die jungen Männer Ceausescus heraus, bereits am 6. Dezember 1949 vor dem Kommunistischen Informationsbüro die Entlarvung des unschuldigen Patrascanu verlangt.

In der Zeit zwischen den beiden Parteitagungen wurden aus dem Exekutivkomitee der Rumänischen KP fünf Funktionäre entfernt - mit neun Leuten seiner Wahl frischte Ceausescu das gereinigte Büro wieder auf. Aus dem ständigen Präsidium schiedেন zwei rumänische Top-Kommunisten aus - zusammen mit drei neuen Mitgliedern, darunter Kadenchef Virgil Trofin, der auch an sich selbst gedacht hat, besitzt Ceausescu eine sichere Mehrheit in allen Gremien der Spitze.

Dennoch traut er seinen engsten Mitarbeitern nicht: Um sich nicht der Gefahr auszusetzen, wie Chruschtschow durch ein plötzlich einberufenes Plenum des Zentralkomitees abgesetzt zu werden, ließ er sich am dem Zehnten Parteitag zum Generalsekretär der Rumänischen KP wählen. Generalsekretär des Zentralkomitees und Staatschef dazu war er schon vorher gewesen - jetzt könnte ihn nur noch ein Parteitag von über 1 000 Mann wieder aus seinen Bastionen vertreiben.

Für Chivu Stoica, den Vertreter der alten Garde, hatte er hingegen nur noch ein Lächeln übrig. Er ernannte ihn zum Vorsitzenden der Parteitagskommission für Verkehrsfragen. Als ehemaliger Eisenbahner, so meinte Rumäniens Führer, sei dies die einzige angemessene Funktion für den ehemaligen Staatspräsidenten.